



»Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten.« Ob dieser Ausspruch nun von Kurt Tucholsky oder von der amerikanischen Anarchistin Emma Goldman stammt: Stimmt er denn? Ändern Wahlen wirklich gar nichts? Sicher nicht am politischen System und der Art und Weise, wie politische Entscheidungen in unserem Land zustande kommen. Aber an der grundsätzlichen, langfristigen Ausrichtung unserer Gesellschaft, wie die Geschichte zeigt – zum Guten wie zum Schlechten.

Trotzdem sinkt die Wahlbeteiligung. Sind die Bürger also uninteressiert, gleichgültig, gar verantwortungslos? Oder haben sie einfach die Nase voll davon, dass Wahlen in erster Linie dazu dienen, Gefolgschaft und Mehrheiten herzustellen, und Parteien Themen nur als Machtvehikel instrumentalisieren? Vielleicht wollen die Bürger auch einfach nicht mehr länger hinnehmen, dass die Programme und Versprechen vor der Wahl mit dem politischem Handeln danach wenig zu tun haben.

Kollektive Verantwortungslosigkeit

Stuttgart 21, die Parteien und die Bundestagswahl

Stuttgart 21 ist in diesem Bundestagswahlkampf kein Thema. Durch massiven Druck auf den Aufsichtsrat der Bahn hat Bundeskanzlerin Merkel erreicht, dass das Projekt vorerst weitergebaut wird und so erst einmal aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Dabei ist auch im Kanzleramt klar, dass Stuttgart 21 nichts taugt und noch viel mehr kosten wird als die 6,8 Milliarden Euro, welche die Bahn bislang zugibt. Doch Merkel handelt aus reinem Machtkalkül: Sie will sich nicht eine weitere Wahl durch das unselige Vorhaben versauen lassen und hofft, dass das wahre Desaster erst in ein paar Jahren offenkundig werden wird.

Und der Herausforderer? Peer Steinbrück, Kanzlerkandidat der SPD, gelangt auf dem Esslinger Marktplatz zu der bahnbrechenden Erkenntnis, dass sich die Bahn bei Stuttgart 21 »wohl gründlich verrechnet« habe, und hält sich im Übrigen zurück. Und er tut gut daran: Zu sehr ist seine Partei selbst in das Projekt verstrickt – nicht nur im Ländle Schmidts, Schmiedels und Drexlers. So war es SPD-Kanzler Schröder, der den Kaputtсанierer Hartmut Mehdorn

1999 ins Amt des Bahnchefs hievte. Und es war der sozialdemokratische Bundesverkehrsminister Tiefensee, der 2009 die S-21-Verträge mitunterzeichnete.

Klar ist: Im geplanten Kellerbahnhof steckt jede Menge Sprengstoff. Dem gegenüber nimmt sich der Skandal um den Hauptstadtflughafen BER wie ein Kinderfasching aus. Und alle wissen es und schweigen.

Eine politische Kraft, die Stuttgart 21 in den Wahlkampf hätte tragen können, sind die Grünen. Doch die wollen sich eine schwarz-grüne Regierungsoption nach der Wahl nicht verbauen. Und sie wollen die erste Landesregierung unter grüner Führung und den fleischgewordenen Beweis ihrer Regierungsfähigkeit, den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann, nicht beschädigen. Dieser wiederum verschanzt sich weiter hinter einer manipulierten Volksabstimmung und lässt die Bahn gewähren.

Und so gehen die Zerstörungen weiter – in der baden-württembergischen Landeshauptstadt und auch auf der Schwä-

bischen Alb, wo die mindestens ebenso unnütze und schädliche Hochgeschwindigkeitsstrecke von Wendlingen nach Ulm vorangetrieben wird. Stuttgart 21 ist zum Symbol für die kollektive Verantwortungslosigkeit der Politik geworden.

Die CDU

Stuttgart 21 ist ein Kind der CDU, die 58 Jahre lang Baden-Württemberg regierte. Das liegt auf der Hand. »Die Italiener haben das Hupen erfunden, die Hessen die IAA und wir Stuttgart 21«, könnte man in Abwandlung eines Werbespruchs des Landes mit Blick auf die CDU sagen.

In diesem Projekt konzentrieren sich die Macht- und Größenwahntantzen seiner Urheber wie in keinem anderen. »Wir können alles«: ein milliardenschweres Murksprojekt erfinden, es überfallartig der Öffentlichkeit präsentieren und als »Pilotprojekt für ganz Europa« (Ex-Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann), als »Jahrhundertchance« (Ex-Ministerpräsident Erwin Teufel), »größte Chance der Stadt Stuttgart« (Ex-OB Manfred Rommel) und »Jahrhundertprojekt« (Ex-OB

Fortsetzung →



Wolfgang Schuster) verkaufen. Wir können es gegen alle Widerstände von Skeptikern und Gegnern parlamentarisch, juristisch und medial durchsetzen und unumkehrbar machen, den politischen Gegner (SPD) ins Boot holen und einen seiner Führungsleute zum Projektsprecher machen, Fakten unter Verschluss halten und angebliche Fakten zur Desinformation streuen. Wir können in einer Showveranstaltung namens »Faktencheck« den ganzen Murks sogar vor einem Millionenpublikum von den Projektgegnern zerlegen lassen und ihn dennoch weiter durchziehen. Wir können dazu auch Wasserwerfer aufmarschieren lassen und gegen friedlich Demonstrierende einsetzen, diesen anschließend noch die Schuld daran in die Schuhe schieben und sie mit einer Flut von Prozessen überziehen. »Wir können alles«, denn wir haben die Macht dazu – mit unseren jahrzehntelang gepflegten Beziehungen und Verflechtungen mit den herrschenden Machteliten in Wirtschaft, Justiz, Medien, Verbänden und Kirchen.

Und so wächst dieses missratene, dafür sündhaft teure Kind der CDU bis heute heran. Mit Billigung der Bundeskanzlerin, für die Stuttgart 21 zum großen Sündenfall ihrer Umverteilungspolitik werden könnte. In geradezu entlarvender Weise äußerte Angela Merkel 2010, wenn dieses Großprojekt nicht komme, dann könne man keines mehr bauen, dann sei Deutschland unregierbar. Recht hat sie. Dann wird es in der Tat immer schwieriger mit einer Politik im Dienste der Großkonzerne und ihrer Aktionäre, der großen Banken, der privaten Großinvestoren und Spekulanten, die sich mittels solcher Großprojekte nach Belieben auf Kosten der Steuerzahler mit öffentlichem Eigentum bereichern können.

Ganz in diesem Sinne haben sich die Kanzlerin und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble im März 2013 immensen Mehrkosten von 2,3 Milliarden Euro zum Trotz für den Weiterbau des Projekts starkgemacht und den Aufsichtsrat der Bahn AG mit Druck dazu gebracht, an dem Projekt festzuhalten. »Wie ein Aufsichtsratsmitglied berichtete, war vor allem auf die drei – zunächst sehr kritischen – Staatssekretäre der Bundesregierung im Aufsichtsrat der Druck sehr groß. Überhaupt, so der

Insider, seien den Kontrolleuren von der Bahn vor allem Gutachten vorgelegt worden, die die Zustimmung nahelegten. Man sei quasi »der Entscheidungshoheit« beraubt worden. Im Gremium stimmte dann nur ein Aufsichtsrat gegen die Vorlage des Vorstands.« (Handelsblatt vom 5.3.2013).

Im Vorfeld der Bundestagswahl hat die Regierung offensichtlich alles getan, um Stuttgart 21 aus den Schlagzeilen herauszuhalten. Das zeigt: Stuttgart 21 ist für die Kanzlerin ein ganz heißes Eisen. Der Regierungsverlust der CDU nach 58 Jahren bei der Landtagswahl 2011, die Merkel zur Abstimmung über Stuttgart 21 erklärt hatte, ist ihr mahnend ins Gedächtnis gebrannt.

Die FDP

»Also, von mir aus könnte Stuttgart 21 eine Billion Euro kosten, und ich wäre immer noch dafür!«

Michael Conz, Stuttgarter FDP-Gemeinderat, Sommer 2010

Die SPD

Die SPD blickt auf eine 150-jährige Geschichte zurück. In der Zeit Willy Brandts war sie Friedenspartei und bis zur Regierung Schröder auch Partei der arbeitnehmerfreundlichen Reformen. Und schon lange vor den Grünen war die SPD Partei des Umweltschutzes. All das ist Vergangenheit.

Bei Stuttgart 21 zeigt die selbst ernannte »Infrastruktur-Partei« exemplarisch, dass sie mit ihren Vorstellungen irgendwo in den 1960er-Jahren hängengeblieben ist, eingeklemmt zwischen Wirtschaftswunder, naiver Fortschrittsgläubigkeit, Wachstumswahn und autogerechter Stadt. Nach dem Motto: »Wo der Bagger steht, geht es uns gut.« Dass der Bagger außer Diesel auch noch reichlich Steuermilliarden verbrennt und dabei ein völlig überflüssiges Loch mitten in Stuttgart schaufelt – egal! Denn wo gebaut wird, gibt es Arbeit. Und wo es Arbeit gibt, geht es uns anscheinend gut. Wen kümmert es schon, dass die Unternehmen in der Region – entgegen aller vollmundigen Politiker-Versprechen – bei Großprojekten wie Stuttgart 21 leer ausgehen und die Arbeiter der transnationa-

len Großkonzerne dort zu Dumpinglöhnen und nicht selten illegal schufteten?

Die SPD-Führung erklärt jegliche Bautätigkeit zum Fortschritt und verfolgt längst nicht mehr vorrangig soziale und ökologische Ziele. Sie will als Partei mit Wirtschaftskompetenz wahrgenommen werden und fördert dazu gerne Großkonzerne durch Großprojekte. Das alles bringt sie mit ihrer eigenen Basis in Konflikt. Kein Wunder, dass sich die Zahl der SPD-Mitglieder seit 1990 fast halbiert hat.

Ein Paradebeispiel für die Umwertung sozialdemokratischer Werte sind die neoliberalen »Reformen« der Regierung Schröder/Fischer, die unter dem Namen Agenda 2010 bekannt wurden. Die Folgen sind bekannt: Hunderttausende wurden in Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse getrieben, leiden unter Armut oder sind von Altersarmut bedroht. Hier seien »Korrekturen« erforderlich, räumte Peer Steinbrück Ende August bei einer Wahlkundgebung auf dem Esslinger Marktplatz ein. Doch gleichzeitig lobte er die Politik von Altkanzler Gerhard Schröder, der diese Misere zu verantworten hat. Die SPD hat sich wirklich weit vom »S« in ihrem Namen entfernt.

Wie man es auch dreht und wendet: Die SPD macht bei vielen wichtigen Fragen konsequent Politik gegen ihre eigene Klientel, schlimmer noch: gegen die unteren 90 Prozent der Bevölkerung. Ebenso konsequent ignoriert sie diese Tatsache und sieht sich als Teil der Lösung und nicht des Problems.

Die Kluft zwischen den Wahlversprechen und dem realen politischen Handeln ihrer Funktionäre lässt viele SPD-Mitglieder verzweifeln und aus der Partei austreten. Sie ist zugleich eine der Ursachen für die sogenannte »Parteimüdigkeit«, die richtiger als Politiker-Verdrossenheit bezeichnet werden müsste. Denn wer sich so hintergangen fühlt, traut keinem Politiker mehr. Der SPD schon gar nicht, wie die aktuellen Wahlprognosen bestätigen.

Die Grünen

Im Bundestagswahlkampf mimen die Grünen derzeit wortreich den Anwalt der Kranken und Schwachen: »Außerdem hat Schwarz-Gelb in der gesetzlichen Krankenversicherung einen fatalen Wechsel einge-



leitet: Die Beiträge werden nicht mehr zur Hälfte zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgeteilt.« So stand es bis vor Kurzem im Kurzwahlprogramm der Partei. Doch es war die rot-grüne Schröder-Regierung selbst, die diesen »fatalen Wechsel« 2005 mit der Einführung eines Zusatzbeitrages für Arbeitnehmer/-innen einleitete.

Diese peinliche Panne ist symptomatisch für die einstige Protestpartei. »Es gibt keine andere Partei, in der die Differenz zwischen dem Image und der praktischen Realität von deren Politik so groß ist. Verrat ist eine Kunst, die die Grünen meisterlich beherrschen«, sagt die Ex-Grüne Jutta Ditfurth. Zu dieser Einschätzung sind mittlerweile auch zahlreiche Kritiker von Stuttgart 21 gelangt.

Im Fall des Stuttgarter Bahnhofprojekts datiert der »Verrat« auf den 27. April 2011, als der grüne Verhandlungsführer Kretschmann nach der gewonnenen Landtagswahl den Koalitionsvertrag mit der SPD unterzeichnete. Denn darin verständigten sich beide Parteien nicht allein auf eine Volksabstimmung über das Milliardenprojekt. Die Grünen sicherten auch zu, auf alles zu verzichten, was diese Abstimmung gefährden könnte, etwa eine Klage gegen die verfassungswidrige Mischfinanzierung des Projekts – ein zentrales Versprechen im Wahlkampf. Mit anderen Worten: Der Preis für die Macht war Stuttgart 21 – und die Grünen haben ihn gezahlt: »Wir lassen uns doch die Chance aufs Regieren nicht wegen eines Bahnhofs entgehen.«

Nach dem vorhersehbaren Scheitern der Abstimmung verkündeten die Grünen im November 2011, den Widerstand nun einstellen und das Projekt fortan »kritisch begleiten« zu wollen. Dies sei die Konsequenz aus der bitteren Niederlage, der man sich als gute Demokraten aber beuge. In Wahrheit war es genau umgekehrt: Die manipulierte Volksabstimmung sollte ein lästiges Thema abräumen, das wie ein Damoklesschwert über der Koalition mit der fanatisch projektfreundlichen SPD schwebte. Und deshalb war diese Abstimmung auch keine Sternstunde der Demokratie, sondern das Gegenteil: ein Lehrstück darüber, wie sich direktdemokratische Verfahren für Machtinteressen missbrauchen lassen.

Bemerkenswert ist, mit welcher Vasallentreue die Parteibasis ihrem Ministerpräsidenten und seinen Einflüsterern im Staatsministerium in all dem gefolgt ist. Doch je höher die Kosten bei Stuttgart 21 steigen und je sichtbarer die gewaltigen Risiken und Probleme werden, desto absurder werden die Verrenkungen, mit denen sich die Grünen noch immer hinter der Volksabstimmung verschanzen, um ihre Untätigkeit zu rechtfertigen. Es wird immer offensichtlicher, dass sie sich in eine Sackgasse hineinmanövriert haben.

Werner Sauerborn bringt es auf den Punkt: »... muss man Verträge verteidigen, die längst ihre Grundlage verloren haben? ... Muss man zusehen, wie die Bahn Fakten schafft? ... Muss man Herrenknecht besuchen? Nein, das alles muss man nicht. Das alles muss man nur, weil man die Koalition nicht platzen lassen und die Regierungsmacht nicht verlieren will. Das aber würden sie riskieren, wenn sie die Volksabstimmung als das bezeichnen würden, was sie war: ein großer Betrug. Die Volksabstimmung, zum Synonym für Demokratie gemacht, soll den Weiterbau eines Projekts rechtfertigen, das längst als Fiasko enttarnt ist. Die Volksabstimmung ist die politische Überlebenslüge der Grünen.«

Die Linke

Mitglieder und Mandatsträger/-innen der Linken auf allen Ebenen haben den Widerstand gegen Stuttgart 21 von Anfang an mitgetragen. Zugleich ist die Linke die einzige Partei, in deren Wahlprogramm das Milliardenprojekt überhaupt vorkommt. Die Linken fordern den »Ausstieg aus Stuttgart 21 und die Ertüchtigung des bestehenden Kopfbahnhofes« und haben ein detailliertes Konzept für eine Verbesserung der Schieneninfrastruktur in Baden-Württemberg vorgelegt. Demnach könnte mit ungefähr derselben Summe, die für Stuttgart 21 und die Hochgeschwindigkeitsstrecke Wendlingen – Ulm ausgegeben werden soll, die Bahn flächendeckend und für alle Nutzer erheblich verbessert werden. Die Linke fordert außerdem, die Bahn insgesamt zu reformieren und wieder konsequent gemeinwirtschaftlich auszurichten – ohne Schielen auf einen Börsengang. Hauptgeschäftsziel der Bahn müsse ein hochwertiger Bahnverkehr im Inland sein,

anstatt mit Steuergeld Logistikdienstleistungen international anzubieten.

Damit liegt die Partei nahe an dem, was viele Verkehrsexpertinnen fordern. Ob die Linke dies allerdings auch durchsetzen würde, wenn sie die Möglichkeit dazu hätte, und ob sich Parteien nach der Wahl noch daran erinnern, was sie vorher versprochen haben, das muss jede/-r selbst für sich entscheiden. Angesichts des Eiertanzes der Linken beim Pannenflughafen BER ist durchaus Skepsis angebracht. ■

Grüner Klartext

»Auch große Mehrheiten haben kein Recht auf Arroganz der Macht. Arroganz der Macht gehört in die Monarchie, aber nicht in die Demokratie. [...] Wenn wir im Landtag das zum Thema gemacht haben, hieß es immer, S 21 ist durch demokratische Mehrheiten in Gemeinderat und Landtag entschieden worden. Das stimmt alles. Aber zu solch einem Verfahren gehören Wahrheit, Klarheit und Offenheit.«
Winfried Kretschmann auf der Montagsdemo am 16.8.2010

»Stellen Sie mal vor, man würde in einer Wahl nachweisen, dass da jemand gelogen hat, deswegen ist die Wahl noch nie ungültig gewesen. Und es ist schon viel in Wahlkämpfen gelogen worden. Es ist eine ganz irriige Meinung – eine ganz irriige Meinung, dass in einer Wahl über Wahrheit und Lüge entschieden wird. In Wahlen und Abstimmungen wird nur über Mehrheiten entschieden und nicht über Wahrheit und Lüge. Ich mein', wo kämen wir denn da hin? Es wär' ja furchtbar! Stellen Sie mal vor, wenn über Wahrheit oder Lüge entschieden wird. Wie könnte denn die Minderheit es ertragen, die glaubt, sie hat die Wahrheit gepachtet? Das wäre ja unmöglich. Und da würden wir uns zum Schluss alle die Köpfe einschlagen. Und weil wir das aber nicht wollen, sondern friedlich unsere Konflikte austragen wollen, deswegen wissen wir, bei Wahlen entscheiden Mehrheiten, so ist es einfach. Was Schlaueres hat noch niemand erfunden.«
Winfried Kretschmann am 6.9.2013 auf dem Esslinger Marktplatz

Debatte: Die Wahl der Qual

Fünf Freundinnen des Stuttgarter Kopfbahnhofs diskutieren über die bevorstehende Bundestagswahl und das Wählen im Allgemeinen.

Alpha: »1981: Der Wald stirbt und ich habe Grün gewählt – aus Überzeugung. 1991: Kohl ohne Ende und ich habe Grün gewählt – aus Verzweiflung. 2001: Deutschland führt Krieg und ich habe Grün gewählt – aus Gewohnheit. 2013: Jetzt ist Schluss! Ich gehe nicht mehr wählen – aus Überzeugung!«

Beta: »Ich habe den Grünen noch nie über den Weg getraut – ebenso wenig wie den schwarz-gelb-roten Tunnelparteien. Aber gar nicht zu wählen, ist doch auch keine Lösung! Das würde ja bedeuten, den regierenden Parteien das Feld des Handelns zu überlassen und eigene Ideale aufzugeben. Wie sich die Grünen bei Stuttgart 21 verhalten, zeigt doch bloß, dass sie als Partei längst nicht mehr anders sind als die etablierten Parteien: Sobald sie aus der Opposition an die Regierung kommen, ist plötzlich nichts mehr so wichtig, dass es nicht dem Machterhalt geopfert werden könnte. Menschlich ist das zwar echt enttäuschend, aber eigentlich ganz logisch: Sie sind halt Parteipolitiker wie alle anderen auch.«

Alpha: »Und welche Konsequenz ziehst du daraus?«

Beta: »Jemand, der noch an Ideale und Ideen glaubt, muss sich jetzt eben neu orientieren und andere Kräfte finden, die er mit seiner Stimme unterstützen kann: soziale Gerechtigkeit und Abkehr vom Wachstumswahn bei den Linken oder Schutz der Grundrechte, verantwortungsvoller gesellschaftlicher Umgang mit dem Internet und bedingungsloses Grundeinkommen bei den Piraten zum Beispiel. Deshalb mache ich bei derjenigen Oppositionspartei mein Kreuz, die meine politischen Ideen und Vorstellungen am klarsten verfolgt. Und das nur, so lange sie tatsächlich in der Opposition ist.«

Gamma: »Einspruch! Es ist doch Selbsttäuschung, auf die parlamentarische Opposition zu hoffen. Die Parteien sind in

ihrer Politik längst ununterscheidbar und weitgehend austauschbar geworden. Wer mitspielen will, muss sich den sogenannten Sachzwängen und der Parteidisziplin unterwerfen, persönliches Gewissen und moralische Werte spielen im politischen Alltag kaum noch eine Rolle. Im Grunde haben wir es mit einer pluralen Einheits-

Was tun am 22. September? Ein Streitgespräch

partei zu tun: Alle sind anders gleich. Im Wahlkampf werden mit großem Aufwand Gegensätze inszeniert – pures Marketing! Und wer die beste Vorstellung abliefern, gewinnt.«

Delta: »Das sag' ich doch schon lange! Was ist eine Wahl schon anderes als eine schlechte Wer-wird-Millionär-Show? Über Atomkraft, Bankenrettung oder Krieg und Frieden entscheiden doch nicht die Parlamente – und schon gar nicht die Wählerinnen und Wähler. Bei wichtigen Fragen stehen die Entscheidungen auf Jahre und Jahrzehnte fest. Soll ich mich mit einer verlogenen Scheinbeteiligung ruhigstellen lassen? Nein, ich mache meinen Stimmzettel ungültig! Und zwar so, dass der Showmaster bei der Auszählung im Wahllokal die vortreffliche Wortschöpfung lesen muss, mit der ich den Stimmzettel kreativ verschönern werde: LÜGENPACK!«

Gamma: »Also, das ist mir zu wenig. Da ist die Außenwirkung doch gleich null. Wer sein Missfallen über die politischen Verhältnisse sichtbar machen will, wirft seine Wahlbenachrichtigung besser in die »Gläserne Urne«. Gibt's zum Beispiel in Stuttgart. Das geht sogar per Briefwahl, wenn du auf dem Land wohnst. Jeder Zettel in der Box zeigt, dass jemand mit dem Hütchenspiel der Parteien nicht einverstanden ist, es durchschaut und nicht mehr mitspielt. So wird dein Protest öffentlich sichtbar. Damit verlieren Politiker und Parlamentsbeschlüsse an demokratischer Legitimation. Zu Recht, denn missbrauchte Stimmen sind schlimmer als verlorene Stimmen.«

Beta: »Moment mal! Wenn ich eine Partei wähle, die meine Wertvorstellungen, zum Beispiel soziale Gerechtigkeit, in ihrem Wahlprogramm vertritt, ist das doch auch ein öffentliches Signal. Weil Parteien nach der Wahl häufig anders handeln als zuvor versprochen, müssen

wir sie kontrollieren; dafür brauchen wir als BürgerInnen viel mehr und direktere Einflussmöglichkeiten während der Legislaturperiode. Auch ein regelmäßiger Wechsel an der Macht ist bitter nötig. Selbst wenn ich wählen gehe, gebe ich deshalb meine Verantwortung doch nicht an die Politiker ab; auf jeden Fall engagiere ich mich weiter außerparlamentarisch für Themen, die mir wichtig sind.«

Delta: »Aber damit nährst du falsche Hoffnungen in die Parteien und legitimierst dieses System. Unser größter Gegner ist die Parteiengläubigkeit, dieses »Die werden es schon richten«. Dagegen müssen wir angehen ...«

Beta: »... und auch gegen das Gegenteil, den verbreiteten Fatalismus nach dem Motto: »Man kann ja eh nichts tun.« Und von dem seid ihr bewussten Nichtwähler doch gar nicht zu unterscheiden.«

Epsilon: »Liebe Leute, ihr macht alle einen grundlegenden Fehler: Ihr messt Wahlen zu viel Bedeutung bei. Für die wirklich wichtigen gesellschaftlichen Fragen und auch für Stuttgart 21 sind sie doch ohne Belang. Die großen gesellschaftlichen Probleme werden nicht von der Politik gelöst. Dafür müssen wir uns schon selber einsetzen.«

Delta: »Genau! Wir brauchen eine persönliche Energiewende: weniger Aufmerksamkeit für den Parteizirkus, mehr Power für den Widerstand.«

Gamma: »Montagsdemo statt Kandidatenduell sozusagen, darauf können wir uns wahrscheinlich alle einigen!«

Epsilon: »Richtig! Jeder mag am 22.9. tun, was er oder sie für richtig hält. Da kann man nichts wirklich richtig oder falsch machen. Aber wir sollten darauf nicht zu viel Zeit und Kraft verschwenden. Und wir sollten uns von dem ganzen medialen Zirkus um die Wahl nicht beeindrucken lassen und keine großen Hoffnungen in das Ergebnis setzen – egal, wie es ausfällt. Was diese machtverliebten PolitikerInnen und ihre Parteien allenfalls bewegen kann, ist der permanente Druck in der Öffentlichkeit. Das nagt an ihrem Image und birgt das Risiko des Machtverlusts.« ■

TUNNELBLICK UNTERSTÜTZEN:

Konto-Nr.: 7 020 627 400
BLZ 430 609 67, GLS-Bank
Kontoinhaber: Umkehrbar e.V.
Stichwort: Tunnelblick



**Selbst aktiv werden
und Druck machen:**
www.alle-gegen-s21.de